

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

Hagen, 14. Januar 2021

Möglicher Hackerangriffe auf die Hagener Stadtverwaltung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 04. Februar 2021.

Beschlussvorschlag:

In Anbetracht des Hackerangriffs auf die Funke-Mediengruppe, deren Auswirkungen für mehrere Wochen auch in den Hagener Medien zu spüren waren, berichtet die Verwaltung über eigene Erfahrungen mit der immer stärker um sich greifenden Cyber-Kriminalität und erläutert, welche Maßnahmen zur IT-Sicherheit in der Stadtverwaltung und den städtischen Beteiligungen bereits getroffen werden. Welche Abwehrstrategien sind darüber hinaus geplant und gibt es dafür Unterstützung von Land und/oder dem Bund?

Begründung:

Dass kriminelle Hacker immer wieder versuchen, auf Daten von Unternehmen zuzugreifen, um letztendlich Geld zu erpressen, ist seit geraumer Zeit aus den Medien hinlänglich bekannt. Welche gravierenden Auswirkungen ein solcher Angriff aber haben kann, das wurde auch uns hier in Hagen mit dem jüngsten Angriff auf das Computersystem der Funke-Mediengruppe und damit auf die Westfalenpost und den Stadtanzeiger vor Augen geführt. Tag für Tag berichteten die betroffenen und damit technisch lahm gelegten lokalen und überregionalen Redaktionen über die enormen Schwierigkeiten, um die IT-Systeme nach dem Cyber-Angriff wiederinstandsetzen und aktivieren zu können.



Auch musste sich das Unternehmen von Kunden und Lesern fragen lassen, ob die ihm übermittelten privaten Daten (Adresse, Konto, Telefon, E-Mail, etc.) nunmehr den kriminellen Angreifern in die Hände gefallen sind. Neben dem enormen wirtschaftlichen Schaden ist hier auch ein Imageschaden entstanden.

Es ist daher zu vermuten, dass öffentliche Verwaltungen und ihre Beteiligungen, die nicht zuletzt für die Daseinsvorsorge zuständig sind, ebenfalls ins Fadenkreuz dieser Art von Kriminalität rücken. Wie die Fachzeitschrift „Kommune 21“ in ihrer neuesten Ausgabe berichtet, gründet das Land Baden-Württemberg eigens eine Cyber-Sicherheitsagentur (s. Anlage 1), um bei der Abwehr von Internet-Kriminalität schlagfertiger zu werden.

Unterstützt werden sollen dabei auch die Kommunen im Land.

Im Nachbarland Bayern greift das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik den Kommunen bei der Abwehr von Cyber-Angriffen unter die Arme (s. Anlage 2).

Die Begründung: „Die Umsetzung von IT-Sicherheit ist eine wachsende und fachliche komplexe Aufgabe, welche die Kommunen vor immer größere Herausforderungen stellt.“

Nach dem Bericht der Verwaltung behält sich die SPD-Ratsfraktion vor, Anträge zum Thema zu stellen.

Freundliche Grüße



Claus Rudel
SPD-Ratsfraktion



Anlage IT-Sicherheit
1.pdf



Anlage IT-Sicherheit
2.pdf